

**PRESSE-
KONFERENZ**
18.3.2024

KÜRZUNG DER LOHNNEBENKOSTEN KANN IHRE GESUNDHEIT GEFÄHRDEN

Kommen Kürzungen, kommen Probleme: AK Blitzumfrage zeigt Befürchtungen im Gesundheitsbereich; schon jetzt ist die AUVA chronisch unterfinanziert

SILVIA HRUŠKA-FRANK
Direktorin

WOLFGANG PANHÖLZL
Leiter der Abteilung Sozialversicherung

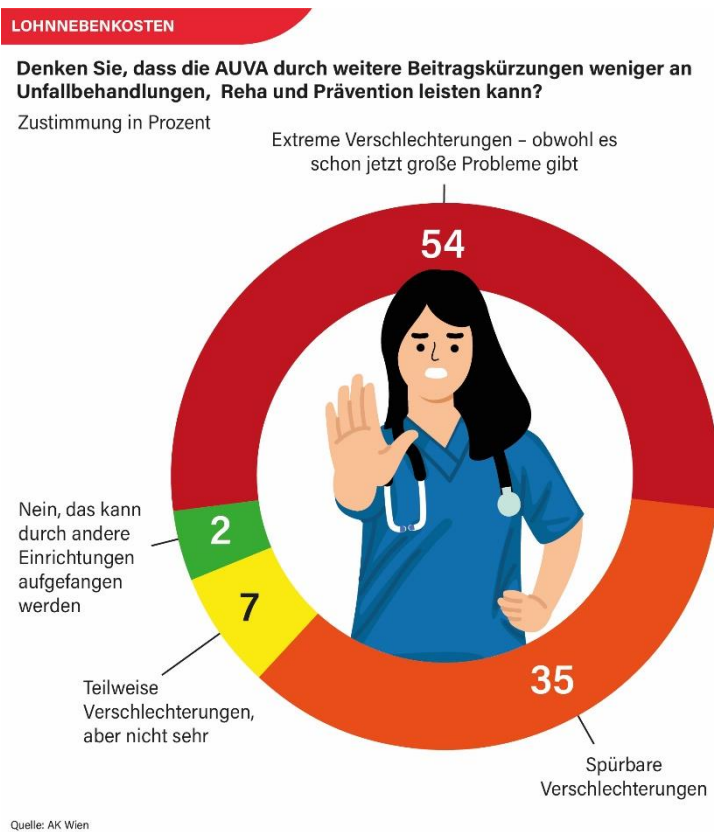


Mehr als 2.700 Personen haben an einer Online-Blitzumfrage über die Zukunft des österreichischen Gesundheitssystems teilgenommen. Der Tenor der Umfrage ist eindeutig: Eine große Mehrheit erwartet spürbare Verschlechterungen im Gesundheitsbereich, wenn die Finanzierung gekürzt wird. Treffen wird das auch die ohnehin schon unterfinanzierte Allgemeine Unfallversicherung (AUVA). „Unsere Umfrage macht die bestehenden Missstände deutlich. Die letzten Jahre zeigen: Ein Aushungern des Systems mit einer Lohnnebenkosten-Kürzung wie bei der AUVA bewirkt keine Verbesserung – ganz im Gegenteil“, sagt AK Direktorin Silvia Hruška-Frank.

Große Sorge vor Verschlechterungen im Gesundheitsbereich

„Das Wort „Lohnnebenkosten“ ist ein Kampfbegriff geworden“, sagt AK Direktorin Silvia Hruška-Frank. „Es geht um Sozialstaatsbeiträge, die alle Menschen bei Krankheit, Unfall und im Alter absichern oder Familien unterstützen.“ Die sogenannten Lohnnebenkosten dienen dazu, hochwertige Leistungen für uns alle zu finanzieren, zB die Behandlung von Unfallfolgen. „Wer sie kürzen will, soll ehrlich sagen, was es dann nicht mehr gibt.“

Kürzungen im Gesundheitssystem bedeuten schlechtere Leistungen und schlechtere Arbeitsbedingungen, das verdeutlichen auch die Ergebnisse der Blitzumfrage, die die AK im März online durchgeführt hat. Mehr als 2.700 Personen haben an dieser Umfrage teilgenommen.



So erwarten 54 Prozent extreme Verschlechterungen bei der AUVA, weiter 35 Prozent immer noch spürbare Verschlechterungen. „Die Arbeitgeber dürfen sich nicht aus der Verantwortung stehlen, wenn es darum geht, unser Sozialsystem zu finanzieren. Derzeit wird versucht, unter dem Deckmantel der Lohnnebenkosten den Boden für Kostenreduzierungen der Unternehmen aufzubereiten“, sagt AK Direktorin Silvia Hruška-Frank. Das sehen auch die Teilnehmer:innen der Umfrage so: 93% halten es für falsch, die Gesundheitsversorgung einzuschränken, damit sich Unternehmen ein paar Euro sparen.

LOHNNEBENKOSTEN

Finden Sie es richtig, dass die Gesundheitsversorgung von uns allen eingeschränkt wird, damit die Arbeitgeber in Zukunft weniger Lohnnebenkosten zahlen?

Zustimmung in Prozent



Quelle: AK Wien

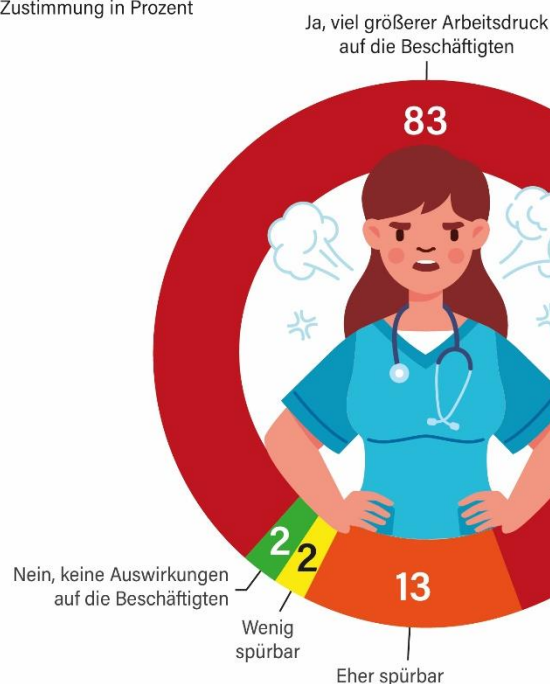


Das Gesundheitssystem ist aber nicht nur im Hinblick auf eine schlechtere Versorgung der Patient:innen gefährdet, auch die Beschäftigten werden Sparmaßnahmen und Kürzungen spüren. 83 Prozent der Befragten rechnen damit, dass sich der ohnehin schon hohe Arbeitsdruck weiter erhöhen wird, weitere 13 Prozent rechnen mit einer spürbaren Zunahme. Wenig überraschend sehen das die Beschäftigten im Gesundheitsbereich noch pessimistischer: Hier erwarten sogar 90% extreme Verschlechterungen – und das in einem Bereich, der ohnehin schon seit Jahren unter Personalmangel leidet.

LOHNNEBENKOSTEN

Denken Sie, dass sich der Druck auf die Beschäftigten im Gesundheitsbereich weiter erhöht?

Zustimmung in Prozent



Quelle: AK Wien



Fehlendes Geld bedroht Leistungen

Der AUVA-Beitrag der Unternehmen wurde in den letzten 10 Jahren von 1,4 % auf 1,1 % gekürzt. „Diese 0,3 % klingen nicht nach viel, sind in Summe aber verdammt viel Geld. Die Beitragseinnahmen der AUVA betragen im Jahr 2022 rund € 1,5 Milliarden Euro. Durch die Reduktion um 0,3 % entgehen der AUVA mehr als 400 Millionen!“, sagt Wolfgang Panhölzl, Leiter der Abteilung Sozialversicherung. Dadurch fehlen dem Versicherungsträger notwendige Mittel für die Leistungen an die Versicherten. Die Folge: Die AUVA wird ausgehungert und spart an allen Ecken und Enden weiter, um die nächste Beitragskürzung vorzubereiten.

Die ÖVP-FPÖ Koalition wollte die AUVA schon 2018 abschaffen. Das konnten AK und ÖGB zwar verhindern, unter Druck musste sich die AUVA allerdings ein gigantisches Sparpaket auferlegen, welches bis 2029 eine jährlich Einsparung von 429 Millionen Euro vorsieht, unter anderem durch sogenannte Kostenverlagerungen, Leistungsoptimierung und Verwaltungskosteneinsparungen. Erstes Opfer: Der „Weiße Hof“, der Generationen von Unfallopfern in ein neues Leben geholfen hat. Die Entscheidung für den Verkauf ist bereits gefallen. Die ÖGK erhält von der AUVA jährlich um 100 Millionen Euro weniger für die Behandlung von Arbeitsunfällen. Nur ein kleiner Teil der Arbeitsunfälle wird in Unfallspitälern behandelt.

Die AUVA muss aber nicht nur bei Leistungen sparen, sondern bremst auch bei wichtigen Weiterentwicklungen: Österreich ist im europäischen Vergleich Schlusslicht bei der Anerkennung von Berufskrankheiten. Panhölzl: „Die eben beschlossene Modernisierung der Berufskrankheitenliste wurde aufgrund des Widerstands der Arbeitgeber:innenmehrheit in der AUVA und der ÖVP ein Miniprojekt. Gerade einmal Weißer Hautkrebs wird anerkannt“.

Auch bei der Anerkennung von Arbeitsunfällen bei Telearbeit bremst die AUVA, weil sie Kosten sparen muss.

Eine WIFO-Studie vom März 2020 zeigt die enormen Kosten, die durch Arbeitsunfälle und arbeitsbedingte Erkrankungen verursacht werden. Durch den sinkenden Unfallversicherungsbeitrag der Arbeitgeber:innen wird aber nur ein kleiner Teil davon abgedeckt.

	Arbeitsunfälle	Arbeitsbedingte Erkrankungen	Insgesamt	Arbeitsunfälle	Arbeitsbedingte Erkrankungen
	In Mio. €			In % von Insgesamt	
Direkte Kosten	203,2	743,3	946,4	21,5	78,5
Behandlungskosten	135,7	531,6	667,3	20,3	79,7
Versicherungsverwaltung	3,6	14,3	17,9	20,3	79,7
Informelle Pflege	37,7	94,9	132,6	28,4	71,6
Eigenbeteiligung	26,2	102,4	128,6	20,3	79,7
Indirekte Kosten (Teil I)	773,2	3.100,4	3.873,6	20,0	80,0
Löhne und Gehälter	707,9	2.834,0	3.542,0	20,0	80,0
Anpassungskosten	22,6	95,8	118,4	19,1	80,9
Verwaltungsaufwand	42,6	170,6	213,2	20,0	80,0
Summe	976,4	3.843,7	4.820,0	20,3	79,7
Kosten je EWT in €	235,4	926,6	1.161,9		

Q: WIFO-Berechnungen. EWT: erwerbstätige Person.

Eine Kürzung dieser Beiträge ist auch ein vergifteter Apfel, vor allem für österreichische KMUs. Denn die Unfallversicherung hat für die Arbeitgeber:innen eine wichtige Funktion, nämlich das sogenannte Haftungsprivileg der Dienstgeber:innen. Das bedeutet, dass bei Arbeitsunfällen die Haftung für Unternehmen durch die soziale Unfallversicherung entfällt. Aber wie jede (soziale) Versicherung braucht

diese eine ausreichende und nachhaltige Finanzierung. Wenn der Beitrag die Unternehmen zur Unfallversicherung immer stärker sinkt, stellt das mittelfristig auch das Haftungsprivileg in Frage.

Klares Nein zu weiteren Kürzungen der Lohnnebenkosten

„Wenn wir verhindern wollen, dass das Gesundheitssystem massiv abrutscht und sich die Arbeitsbedingungen für die Beschäftigten noch weiter verschlechtern, müssen sofort Maßnahmen gesetzt werden“, sagt AK Direktorin Silvia Hruška-Frank. „Die Kürzung der Lohnnebenkosten ist allerdings keine davon.“ Denn durch eine Kürzung dieser wichtigen Sozialstaatsbeiträge werden die Arbeitnehmer:innen doppelt betrogen: Einerseits stecken sich Unternehmen die gekürzten Gelder als Körpergeld ein, andererseits fehlen dann wichtige Leistungen, zB im Gesundheitsbereich.

Die AK fordert:

+ Sofortige Verbesserungen im Gesundheitssystem (zB Verkürzung der Wartezeiten auf Behandlungen, aktive Bekämpfung des Ärzt:innenmangels, ...) statt Scheindebatten über Lohnnebenkosten

Die Bundesregierung soll die Verantwortung für eine ausreichende Finanzierung der nötigen Gesundheitsleistungen der Bevölkerung übernehmen.

+ Modernisierung der Berufskrankheitenliste, Einrichtung eines Expert:innenbeirates:

Die österreichische Liste der Berufskrankheiten umfasst nach der Reform 56 Positionen, die deutsche hingegen 82. In Deutschland sind etwa belastungsbedingte Wirbelsäulen-, Hüft- und Knieerkrankungen oder auch das Carpal-Tunnelsyndrom als Berufskrankheiten anerkannt.

+ Verbesserungen bei den Arbeitsbedingungen im Gesundheitsbereich und in der Langzeitpflege:

Verbesserte Arbeitsbedingungen sind die Voraussetzung dafür, dass neu ausgebildete Berufsangehörige auch langfristig in der Pflege tätig bleiben. Dazu gehören etwa gesunde Arbeitszeit-Modelle, ausreichend Kolleg:innen in allen Bereichen und verlässliche Dienstpläne. Damit verbessert sich nicht nur die Situation der bestehenden Arbeitnehmer:innen, sondern machen das Berufsfeld Pflege auch für Neu- und Quereinsteiger:innen attraktiv.

+ Faire Beteiligung von Reichen und Konzernen an der Finanzierung des Sozialstaats:

Änderungen der Sozialstaatsbeiträge nur im Zuge einer Gesamtreform, die auch in Zukunft die Qualität unseres Gesundheitssystems und des Sozialstaats insgesamt sicherstellt.